A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 133 — Sonnabend, den 5. November 1932 — 45. Jahrgang

Kanzlerrede im Rundfunk

Berlin, 4. November.

Reichskanzler von Papen spricht am heutigen Freitag von 20 bis 20.15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Neuer Burgfrieden

Versammlungsverbot vom 6. bis 19. November.

Berlin, 4. November.

Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

Die Reichsratsaussprache

Nur streng vertrauliche Verhandlungen.

Berlin, 4. November.

Der Reichsratsausschuß für Verfassung und Geschäftsordnungsfragen trat unter Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl zusammen. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung stand die Geschäftslage des Reichsrates. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden war, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann.

Die Ausschußsitzung war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen.

Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschußsitzung als auch diese Konferenz waren streng vertraulich; irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen.

Die Sitzung des Reichskabinetts

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung befaßte sich in ihrer Kabinettssitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden.

Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Neuer Appell Brauns an Hindenburg

Berlin, 4. November.

Der preußische Ministerpräsident Braun empfing Vertreter der Presse und erklärte ihnen gegenüber, nachdem nunmehr alle Versuche, mit der Reichsregierung zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien, sehe er sich gezwungen, sich im Laufe des heutigen Freitags nochmals an den Reichspräsidenten zu wenden.

Ministerpräsident Braun führte dann weiter aus, er werde dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitteilen, die Reichsregierung „versuche mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung seines Ministeriums zu verhindern" und den Reichspräsidenten bitten, den Kanzler anzuhalten, dafür zu sorgen, daß das alte Staatsministerium in sein Amt wieder eingesetzt werde, da das Urteil des Staatsgerichtshofs vom Reichspräsidenten auszuführen sei.

Aenderungen für die Steuergutscheine

Neue Berechnungsgrundlagen.

Berlin, 4. November.

Eine neue Verordnung der Reichsregierung zur Aenderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung wird veröffentlicht, welche die Berechnung der Belegschaftszahlen vereinfacht, entstandene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Uebereinstimmung mit derjenigen der Tarifklerverordnung bringt.

Steuergutscheine werden gewährt, wenn im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden als im Durchschnitt der Monate April, Juli, August 1932 oder bei Saisongewerben im Durchschnitt des entsprechenden vorjährigen Kalendervierteljahres. Dieser Durchschnitt wird nach der neuen Fassung des § 19 so berechnet, daß festgestellt wird, wieviel Arbeitsverhältnisse durchschnittlich an jedem Tage bestanden haben.

Nach der neuen Fassung wird verlangt, daß die Neueingestellten die gleiche Arbeitszeit haben wie die Gruppe von Arbeitnehmern, der sie nach der Art ihrer Arbeit zugehören. Wenn beispielsweise in einem Textilbetriebe die Spinner und die Weber verschiedene Arbeitszeit haben, so müssen neueingestellte Weber, um mitgezählt zu werden, die Arbeitszeit der Weber, neueingestellte Spinner die Arbeitszeit der Spinner haben.

Zugleich mit dieser Verordnung wird die „Bestimmung der Saison- und Kampagnegewerbe" vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen.

Die wichtigste Aenderung ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekerwaren) in die Liste der Saisongewerbe. Die Aenderungen entsprechen den Wünschen der beteiligten Wirtschaftskreise.

Zentrum für Regierungsneubildung

Berlin, 4. November.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags hat sich eingehend mit der Lage in Preußen befaßt und kam dabei zu dem Ergebnis, daß es nun Sache des Landtags sei, möglichst bald durch Schaffung einer verfassungsmäßigen Staatsregierung dafür Sorge zu tragen, daß der Reichskommissar für Preußen bald der Vergangenheit angehöre. Der Fraktionsvorstand ist von seinem Standpunkt aus bereit, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.

Forderungen der Wirtschaft

Senkung der Reichsbahntarife.

Der Verkehrsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages beschäftigte sich mit den Personentarifen der Reichsbahn und kam einmütig zu der Auffassung, daß eine durchgreifende Allgemeinermäßigung der stark überhöhten Personentarife nicht zuletzt auch zur Unterstützung der allgemeinen Bestrebungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft unerläßlich sei.

Insbesondere müßten hierbei die Tarife des Verkehrs der Berufsreisenden, namentlich auf weitere Entfernungen, Berücksichtigung finden. Er ist überzeugt, daß sich finanzielle Möglichkeiten hierfür aus den der Reichsbahn durch das Lausanner Abkommen und die Regelung der Beförderungssteuer erwachsenden Erleichterungen, vor allem aber aus der zu erwartenden Verkehrsbelebung bieten, ohne daß ein Ausgleich an anderer Stelle, namentlich durch eine unbedingt zu vermeidende Erhöhung der Gütertarife notwendig wäre. Auf Grund der immer wiederkehrenden Wünsche aus Kreisen der Wirtschaft hält der Ausschuß die Einführung von Kilometerheften für eine der wichtigsten Tarifmaßnahmen, mit denen eine solche Verkehrsbelebung erzielt werden könnte. Auch andere Wünsche, die sich auf die Verbesserung der Einrichtung der Urlaubskarten, Verbilligung des Gepäcktarifs und Verbesserung der Netz- und Bezirkskarten beziehen, werden vom Deutschen Industrie- und Handelstag bei der Reichsbahn nachdrücklich weiter vertreten werden.

Ernennungen im diplomatischen Dienst

Berlin, 3. November.

Reichspräsident von Hindenburg hat ernannt: Den Generalkonsul Dr. Freiherrn von Grünau zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt; den Vortragenden Legationsrat Dr. Graf Adelmann von Adelmannsfelden zum Generalkonsul in Kattowitz; den Ministerialdirektor z. D. Dr. Zechlin zum Gesandten in Mexiko; den Gesandten z. D. Dr. Freytag zum Gesandten in Lissabon; den Gesandten Dr. Schmidt-Elskop-Montevideo zum Gesandten in Rio de Janeiro; den Gesandten von Bülow-Asuncion zum Generalkonsul in Kalkutta; den Gesandten z. D. Weiß zum Gesandten in Asuncion; den Vortragenden Legationsrat Dr. Grobba zum Gesandten in Bagdad; den bisherigen Untergeneralsekretär des Völkerbundes Freiherr Dufour-Féronce zum Gesandten in Belgrad; den Gesandtschaftsrat Dr. Pistor zum Gesandten in Quito; den Generalkonsul in Jerusalem Dr. Nord zum Gesandten in Bangkok.

Mit der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wird der Gesandte in Riga, Dr. Stieve, betraut.

Mehr Macht dem Gemeindevorstand

Die neuen Verordnungen Brachts.

Berlin, 3. November.

Die kommissarische preußische Staatsregierung hat auf Grund der Sparermächtigung durch den Reichspräsidenten vom 24. August 1931 eine Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung) sowie eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in den Gemeinden verabschiedet.

Die Finanzverordnung geht darauf aus, eine geordnete und sparsame Haushaltsführung in den Gemeinden sicherzustellen und für die Zukunft Mißstände auszuschließen, wie sie sich bisher in der kommunalen Finanzgebarung gezeigt hätten. Dieser Zweck soll vor allem erreicht werden durch die Stärkung der Stellung des Gemeindevorstandes im Verhältnis zur Vertretungskörperschaft, aber auch durch weitgehende Publizität des gesamten kommunalen Finanzwesens.

Nach der neuen Verordnung erhält der Gemeindevorstand bei solchen Beschlüssen der kommunalen Vertretungskörperschaft ein Widerspruchsrecht, die neue Ausgaben oder Mehrausgaben oder eine Verminderung von Einnahmen zur Folge haben und damit den Etatsausgleich gefährden.

Weiter schließt sie bereits die Erörterung derartiger Anträge in den Vertretungskörperschaften aus, wenn den Anträgen nicht gleichzeitig ein geeigneter und sachlich zulässiger Deckungsvorschlag angefügt wird. Ferner wird die Verantwortung der Gemeindebeamten festgestellt, soweit sie bei Ausführung des Etats Zahlungen leisten, die den Haushalt überschreiten, oder soweit sie Ausgaben vor Beschaffung der zu ihrer Deckung beschlossenen Einnahmen durchführen.

Im Interesse einer weitgehenden Anteilnahme der Bevölkerung an der kommunalen Finanzgebarung wird sodann angeordnet, daß in all den Gemeinden der Etats-Entwurf, der Etat und die kommunalen Rechnungen offen ausgelegt werden.

Ferner wird angeordnet, daß eine völlige Neugestaltung des kommunalen Rechnungsprüfungswesens erfolge. So soll künftig in den größeren Gemeinden ein besonderes Rechnungsprüfungsamt errichtet werden, dessen Unabhängigkeit sicherzustellen ist. In den kleineren Gemeinden soll die Rechnungsprüfung gleichfalls durch eine unabhängige Stelle, evtl. durch den Landrat erfolgen.

Die Verordnung will dann durch Einführung und Ausgestaltung des sogenannten Ersatz - Beschlußrechts die Eingriffe der Aufsichtsbehörde in Angelegenheiten der Gemeinden nach Möglichkeit beschränken.

Es wird daher festgesetzt, daß bei Aufstellung des Etats und sonstigen kommunalen Beschlüssen die Beschlußfassung im Falle eines Versagens der Vertretungskörperschaft zunächst

Mit Hindenburg für staatliche Erneuerung und wirtschaftlichen Wiederaufbau!

Wählt Deutschnationale Volkspartei Liste 5!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321105-16/fragment/page=0001

dem Gemeindevorstand und gegebenenfalls seinem Vorsitzenden übertragen wird. Erst wenn auch diese Stellen versagen, tritt das Ersatz-Beschlußrecht der Aufsichtsbehörde in Wirksamkeit.

Die Stellenplan-Verordnung

erstrebt eine weitere Zurückführung des gemeindlichen Personalbestandes auf das unerläßliche Maß. Es wird vorgeschrieben, daß bestimmte Stellen als „künftig wegfallend" zu bezeichnen und im Falle ihres Freiwerdens nicht wieder zu besetzen sind. Die kommissarische Regierung erklärt noch, daß diese Verordnungen nur eines der Mittel zur Sanierung der Gemeindefinanzen sein könnten und verweist auf die Denkschrift des kommissarischen Innenministers vom 18. Oktober mit dem Bemerken, daß die seit Jahren erfolgte Zerrüttung der Gemeindefinanzen nicht in wenigen Wochen beseitigt werden könne.

Außenminister Zaleski zurückgetreten

Oberst Beck sein Nachfolger.

Warschau, 3. November.

Außenminister Zaleski ist zurückgetreten. Als Nachfolger ist sein bisheriger Mitarbeiter, Oberst Beck, ausersehen. Beck gilt als Vertrauter des Marschalls Pilsudski, dessen langjähriger Adjutant er früher war.

Zaleski bekleidete das Amt eines Außenministers seit der Machtübernahme durch Marschall Pilsudski im Sommer 1926 und vertrat Polen bei allen internationalen Konferenzen. Zaleski hat vorläufig noch keinen neuen Posten erhalten.

Deutsche Tagesschau

Das Pensionsalter der Beamten.

Im gegenwärtigen Wahlkampf spielt die Meldung eine Rolle, daß die Reichsregierung die Absicht habe, das Pensionsalter der Beamten auf 60 Jahre heraufzusetzen. Aus Kreisen des Reichsinnenministeriums wird auf das bestimmteste versichert, daß die Reichsregierung mit derartigen Plänen nicht das geringste zu tun habe und eine weitere Herabsetzung des Pensionsalters absolut nicht in ihrer Absicht liege.

Sachsen zum Versammlungsverbot.

Die sächsische Regierung ist im Hinblick auf das vom Reichspräsidenten für die Zeit vom 6. bis 19. November erlassene Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen mit Rücksicht darauf, daß am 13. November in Sachsen Gemeindewahlen stattfinden, sofort beim Reichsministerium des Innern wegen einer Ausnahmebewilligung für Sachsen für die Zeit vom 6. bis 13. November vorstellig geworden.

Anhaltischer Antrag gegen Doppelverdiener.

Das anhaltische Staatsministerium hat beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, das Reich möge die Voraussetzungen dafür schaffen, den Ländern die Beseitigung des Doppelverdienertums auf verfassungsmäßigem Wege zu ermöglichen. Das anhaltische Staatsministerium selbst wird versuchen, durch die Gewährung einer Abfindungssumme den verheirateten weiblichen Beamten einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden zu geben.

Auslands-Rundschau

Die Hungerdemonstrationen ziehen ab.

Die arbeitslosen Demonstranten, die zu Fuß nach London gekommen waren, haben sich zum Teil bereits auf den Rückweg begeben. Gleichzeitig wurden von der Londoner Strafkammer 27 Unruhestifter wegen Beamtenbeleidigung und anderer Vergehen zu geringen Freiheits- oder Geldstrafen verurteilt.

Deutsch-amerikanisches Schiedsgericht.

Die Verhandlungen des deutschen Vertreters bei dem Gemischten Schiedsgericht mit dem amerikanischen Vertreter und dem Unparteiischen über die Abwicklung der sogenannten Sabotage-Prozesse gehen ihrem Ende entgegen und nehmen einen befriedigenden Verlauf. Die Plädoyers der beiden Staatsvertreter sind auf den 21. November festgesetzt worden.

Kleine politische Meldungen

Botschafter von Dirksen beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den deutschen Botschafter in Moskau, Dr. von Dirksen.

Prinz Joachim Napoleon Murat †. Auf seinem Schloß Chambly in Frankreich ist Prinz Joachim Napoleon Murat im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war der Chef des Hauses Murat.

Einigung im rumänischen Königshaus. Prinzessin Helene, die Mutter des rumänischen Thronfolgers, hat Bukarest verlassen. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß durch eine gütliche Einigung alle Möglichkeiten von Mißverständnissen beseitigt worden seien.

Aus der Umgegend

Nebra, 4. November.

— **Kirchliches.** Kommenden Sonntag begehen wir, so Gott will, im Hauptgottesdienst den 300jährigen Gedenktag des Todes Gustav Adolfs in der Schlacht bei Lützen am 6. November 1632. Das, was Gott unserer evangelischen Kirche durch ihn schenkte, soll uns am diesjährigen Reformationsfest ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Möchte dieser Tag eine große Gemeinde in unserem Gotteshaus versammeln. Der Kinderchor wird die Feier durch ein Lied bereichern. — Anläßlich der diesjährigen Kirchenwahlen ist nur ein Wahlvorschlag eingegangen. Die auf diesem Wahlvorschlag verzeichneten Personen, soweit sie nicht überzählig sind, gelten also als gewählt. Der Gemeindekirchenrat hat den Wahltermin (13. November d. Js.) daher aufgehoben. Die Namen der Gewählten sind durch Anschlag an der Kirchtür bekanntgegeben. Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind in der Zeit vom 6. bis einschl. 28 November mündlich oder schriftlich beim Vorsitzenden des Gemeindekirchenrats anzubringen.

— **Gustav Adolfs Heldentod.** Am 6. November sind es 300 Jahre, daß die Schlacht bei Lützen geschlagen wurde und der Schwedenkönig Gustav Adolf den Heldentod starb. Eine große Gedächtnisfeier wird aus diesem Anlaß stattfinden, zu der sich außer zahlreichen deutschen Teilnehmern vor allem auch schwedische Gäste angesagt haben, die in Sonderzügen kommen und die verschiedenen Erinnerungsstätten in Lützen, Weißenfels, Meuchen usw. besichtigen werden. Gustav Adolf ist für den Glauben Martin Luthers gestorben. Als er dereinst mit seinem Herr nach Deutschland kam, mögen gewiß auch politische Gründe für ihn maßgebend gewesen sein. An der Tatsache, daß er zugleich ein frommer Mann gewesen ist, der seinen deutschen Glaubensgenossen helfen und sie befreien wollte, läßt sich trotzdem nichts ändern. Reformationsfest und Gustav-Adolf-Gedächtnis fallen in diesem Jahre zusammen. Gerade so, als ob den evangelischen Gemeinden und Kirchen gezeigt werden sollte, daß Luthers Reformationsstaat nicht nur eine historische Erinnerung ist, sondern Verpflichtung für alle Nachfahren bedeutet, in demselben Geist und denselbem Sinne zu handeln wie Martin Luther selbst. Gustav Adolf war ein rechter Jünger des Wittenberger Reformators. Evangelische Christen von heute sollen es auch sein.

— **Die Volksbücherei** wird, wie aus der heutigen Anzeige ersichtlich ist, am Montag wieder eröffnet und der regen Benutzung empfohlen. Die Bücherei mit ihren weit über 800 Bänden wird imstande sein, die weitgehendsten Ansprüche des Lesepublikums zu befriedigen. Der Lesepreis — 10 Pfg. für das Buch während zwei Wochen — ist so gering, daß er jedem die Benutzung der Bücherei möglich macht. Eine unentgeltliche Abgabe von Büchern ist nicht möglich, da das Lesegeld notwendig zur Erhaltung der Bücherei — Neuanschaffungen, Einbände usw. — ist und die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln aufs äußerste beschränkt sind. Auch in diesem Jahre konnten der Bücherei wieder eine Reihe von neuen Werken eingereiht werden, u. a. Werke des Querfurter Heimatdichters Joh. Schaf, von Walter Flex, Gerhard Hauptmann und besonders der berühmte Goetheroman „Alles um Liebe" von Paul Burg.

— **Stadt-Lichtspiele.** „Die Launen einer schönen Frau" hat man jetzt auch verfilmt. Viele unserer Leser kennen diese Launen zwar hinlänglich aus Erfahrung und wissen, daß hübsche Frauen damit schwache Männer zur Verzweiflung bringen können. Und trotzdem wird jeder gern sich diesen Film anschauen, um Trost zu finden, daß es anderen Männern auch nicht besser geht. — Der zweite Film führt den Beschauer ins gelobte Land Amerika. Ein wachsamer Sheriff steht auf Grenzwacht, übt während der Nacht sein mit tausend Gefahren verknüpftes Amt aus. Der Film bringt so viel aufregende Momente, daß das Publikum um das Leben des Mannes mit besorgt ist. Ist schon in unserm Lande ein Grenzbeamter nicht beneidenswert — in Amerika hat er es viel schlimmer.

— **Merkblatt über Steuerautscheine.** Die Industrie- und Handelskammer zu Halle hat soeben ein Merkblatt über Steuergutscheine herausgebracht, das in kurzer und übersichtlicher Form die wichtigsten Bestimmungen erläutert. Das Merkblatt kann von der Industrie- und Handelskammer, die auch Muster für die Anträge an das Finanzamt zur Verfügung stellt, kostenlos bezogen werden.

— **Meisterkursus.** Die Handwerkskammer in Halle veranstaltet in der nächsten Zeit in Artern einen Kursus zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung. Meldungen sind umgehend zu richten an Herrn Berufsschuldirektor Wucherpfennig in Artern.

Naumburg. Von Erfolg begleitet war vor der Großen Strafkammer die Berufung des Arbeiters Willi Helmsdorf aus Nebra. Als Schriftleiter der kommunistischen Wochenschrift „Roter Dynamit" hatte er Maßnahmen des Magistrats gegen Arbeitslose und Insassen des Armenhauses kritisiert und hatte Magistratsmitglieder sowie den Stadtverordnetenvorsteher beschimpft. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis. Heute wurde er in einem Falle freigesprochen, wegen Beleidigung des Stadtverordnetenvorstehers May aber zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Rentmeister May wurde die Befugnis zugesprochen, das nun gefällte Urteil auf Kosten des Angeklagten in den Nebraer Blättern zu veröffentlichen.

Bretleben (Unstrut). Die Masernerkrankungen haben jetzt ein Todesopfer gefordert. Das siebenjährige Mädchen des Landwirts Albert Pölzing erlag einem nach der Erkrankung aufgetretenen Rückfall.

Kelbra (Kyffh.). Verhaftet wurden mehrere Personen, die im Verdacht stehen, am Sonnabend auf den Förster Sippach geschossen zu haben.

Hettstedt. Ueberfahren wurde von seinem eigenen Fuhrwerk ein Landwirt kurz hinter Unterwiederstedt. Der Landwirt wurde beim Scheuen der Pferde vom Wagen gerissen und geriet unter die Räder. Mit schweren Verletzungen wurde er ins Aschersleben Krankenhaus gebracht.

Halle. Ueberfahren wurde am Dienstagabend in der Magdeburger Straße eine ältere Frau von einem Lastkraftwagen. Die Frau ist bald darauf in der Klinik ihren schweren Verletzungen erlegen. Der Lastkraftwagen wurde sichergestellt und der Führer bis zur einwandfreien Klärung des Unfalls in Haft genommen.

Poserna (Kr. Weißenfels). Beim Rübeneinfahren tödlich verunglückte der auf dem Rittergut Poserna beschäftigte 71 Jahre alte Hofmeister Löser. Plötzlich löste sich die Schoßkelle, der alte Mann fiel heraus, geriet unter die Räder des schwer beladenen Wagens und wurde tödlich überfahren.

Schkeuditz. Ein hier wohnender Rangierer kam auf dem Verschiebebahnhof Leipzig-Wahren beim Zusammenstellen eines Güterzuges zwischen die Puffer zweier Wagen und erlitt schwere Brustquetschungen. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Schkeuditz. Unter dem Verdacht, vor etwa zehn Jahren in Schafstadt (Kr. Merseburg) den Sohn eines Mühlenbesitzers ermordet zu haben, wurde ein Kraftwagenführer festgenommen. Der Mühlenbesitzerssohn war seinerzeit in Abwesenheit der Eltern in der Küche erschossen worden. Der Verhaftete wurde nach Halle gebracht, doch ist noch nicht sicher, ob er wirklich der Täter ist.

Schkölen. Vom Baum gestürzt ist der Arbeiter Ewald Heine im benachbarten Zschorgula. Als er mit dem Absägen von Pappel-Aesten beschäftigt war, brach plötzlich der Ast ab, auf dem Heine stand. Heine stürzte aus etwa sechs Meter Höhe herunter und blieb besinnungslos liegen.

Erfurt. Der schwere Raubüberfall auf zwei Bankboten in Erfurt, dem ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, hat die Erfurter Banken veranlaßt, künftig für Geldtransporte alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Wie übrigens von der Polizei mitgeteilt wurde, können Bankboten, die regelmäßig Geldtransporte besorgen, zu ihrer Verteidigung die Berechtigung zur Mitführung von Schußwaffen erhalten.

Drohzig. Aus noch unbekannter Ursache brannten zwei große, mit Getreide gefüllte Scheunen und zwei Stallgebäude des Landwirts Ulrici und die leere Scheune des Gutsbesitzers Riedel nieder. Hierbei wurden auch landwirtschaftliche Geräte und Maschinen mit vernichtet. Im allgemeinen konnte das Vieh gerettet werden. Leider dürften viele Tauben, die über dem Feuer nach ihren Schlägen suchten, verbrannt und in die Glut gestürzt sein. Der Schaden wird auf insgesamt 90 000 Mark geschätzt.

Erfurt. Außer dem gemeldeten Handtaschenraub, bei dem 120 Mark erbeutet wurden, wurde ungefähr zur gleichen Zeit noch ein Handtaschenraub begangen. Am Dienstag gegen Mittag wurde einer Frau in der Nähe des Männerturnvereinsheims eine Kinderhandtasche entrissen, in der sich die soeben abgehobene Rente von 19.10 Mark befand. Die Frau wurde leicht an der rechten Hand verletzt, der Täter konnte entkommen.

Liebenwerda. Tödlich verunglückt ist der 31jährige Buchdrucker Georg Günther aus Lommatzsch, der Sohn des Verlegers des „Lommatzscher Anzeigers". Er war auf der Berlin—Dresdener Straße zusammen mit dem 22jährigen Maler Fritz Roethig aus Dresden im Kraftwagen abends gegen einen Baum gefahren. Sein Mitfahrer kam mit erheblichen Verletzungen davon.

Staßfurt. Ueberfallen und beraubt wurde in der Nähe des Salzbergwerks Neustaßfurt der Kassenbote der Nordsternversicherung, Glette. Der Ueberfallene hatte auf der Kohlengrube Löderburg Gelder kassiert und auf dem Heimweg die Straßenbahn verpaßt. Eine genaue Beschreibung der Täter, die unerkannt entkommen sind, konnte Glette nicht geben. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Staßfurt. In Hohenerxleben erlappten Feldschutzbeamte drei Männer beim Wildern. Als einer der Wilddiebe schießen wollte, gaben die Beamten Feuer und verletzten alle drei Wilderer, die dann die Flucht ergriffen. Einer von ihnen konnte später festgenommen werden.

Elsterwerda. Als sich ein Eisenbahnzug näherte, durchfuhr ein Lastkraftwagen die Schranke am Wiehlaer Bahnübergang. Das Auto wurde von der Lokomotive erfaßt und umgeworfen, wobei der Kraftwagenführer schwere Verletzungen davontrug. Das ist das siebente derartige Unglück an der gleichen Stelle innerhalb weniger Jahre.

Dessau. Das Anhaltische Staatsministerium hat beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, durch Reichsmaßnahmen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die den Ländern die **Beseitigung des Doppelverdienertums auf verfassungsmäßigem Wege** ermöglichen. Das Anhaltische Staatsministerium selbst wird versuchen, durch die Gewährung einer Abfindungssumme den verheirateten weiblichen Beamten einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden zu geben.

Magdeburg. Der Schmied Bähr und der Arbeiter Krüger, die eine 83jährige Witwe überfallen hatten, gaben im Laufe der Ermittlung eine Reihe anderer Einbrüche zu. An den etwa neun Straftaten, unter denen sich auch Fahrraddiebstähle befinden, sind noch weitere Personen beteiligt.

Magdeburg. Wie der amtliche Pressedienst der Regierung in Magdeburg mitteilt, sind die mehrfach behandelten Vorbesprechungen über den Bau einer Schwebebahn über das Bodetal vom Hexentanzplatz zur Roßtrappe nach eingehenden örtlichen Feststellungen zum Abschluß gekommen. Auf Grund dieser eingehenden Prüfungen hat vom Ministerium die Genehmigung zum Bau der Schwebebahn nicht erteilt werden können, da das zum Naturschutzgebiet erklärte Bodetal durch den Bau der Schwebebahn in die Augen springende Störungen des Naturbildes erfahren würde.

Unseburg (Kr. Wanzleben). Der Jagdaufseher Bosse hatte Wilddiebe überrascht und versucht, sie festzunehmen. Die Wilddiebe leisteten ihm aber Widerstand. Einer schoß und verwundete den Aufseher durch einen Schrotschuß im Gesicht. Die Wilderer entkamen unerkannt.

Nordgermersleben (Kr. Neuhaldensleben). Infolge falscher Weichenstellung fuhr am Mittwochmorgen auf dem hiesigen Bahnhof ein von Erxleben kommender mit Schulkindern besetzter Personenzug auf einen haltenden Personenzug auf. Dabei wurden die beiden letzten Wagen des stehenden Zuges vollkommen zertrümmert. Nur dem Umstand, daß der Personenzug noch nicht besetzt war, ist es zu verdanken, daß es nicht zu einer Katastrophe kam. Von den Schulkindern erlitten nur einige geringfügige Prellungen.

Stendal. Verhaftet wurde am Mittwochabend der Gutsverwalter des Rittergutes Narstedt, Güsseldt, der den Brand in der Scheune des Gutes angelegt hat. Nachforschungen der Landjägerei haben ergeben, daß über 100 falschen Eintragungen in die Bücher gemacht worden sind. Um die Bücher zu vernichten, hatte Güsseldt auch im Gutshaus Feuer angelegt, das jedoch nicht zur Entfaltung kam.

Thale am Harz. Der Magistrat hatte einen Antrag der Erwerbslosen auf Ueberlassung von Brennstoff abgelehnt. Darauf stellten die Erwerbslosen dem Magistrat ein Ultimatum, in dem sie ankündigten, daß, falls nicht zu Anfang der Woche das verlangte Brennmaterial bewilligt würde, im Gemeindewald abgeholzt würde.

Donnerstag morgen zogen etwa 100 Erwerbslose in den Gemeindewald und begannen mit dem Abholzen der Bäume. Als die Polizei eintraf, waren bereits 25 starke Bäume umgelegt. Der Rädelsführer, ein Kommunist, wurde verhaftet, gegen 30 weitere Personen wird das Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet. Nach diesem Vorfall kam es in der Stadt mehrfach zu Zusammenstößen, die aber bald wieder zerstreut werden konnten.

Mühlhausen i. Thür. Dem Organisten Ottomar Burghardt gelang die Aufführung einer bisher unbekannten Reformationskantate „Ein' feste Burg ist unser Gott" für gemischten Doppelchor, Tenorsolo, Streichorchester, zwei Oboen, zwei Hörner, Trompete, Pauke und Orgel von Joh. Ernst Bach. Der Komponist ist ein Verwandter von Joh. Seb. Bach. Das Manuskript wurde in der Sammlung „Manfred Gorke, Eisenach" gefunden und von Ottomar Burghardt übertragen und für den Vortrag eingerichtet. Die Uraufführung des Werkes erfolgt am 6. November in der Untermarktskirche.

Der Lohnstreik im Kohlenbergbau

In dem Lohnstreik der Angestellten im Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland und in der Niederlausitz war seinerzeit ein Vergleich abgeschlossen worden. Die Erklärungsfrist der Parteien lief bis zum 31. Oktober. Die Angestellten haben aber kurz vor Ablauf der Frist den Vergleich widerrufen. Es werden Nachverhandlungen in Berlin einsetzen oder die Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedsspruches wird beantragt werden. Ueber das einzuschlagende Verfahren ist aber noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321105-16/fragment/page=0002

Ein neues Junkers-Schnellflugzeug.

Dessau. Die Junkerswerke haben soeben ein neues Schnellflugzeug fertiggestellt, das die deutsche Zulassungsnummer „D 2100" und die Werkbezeichnung Ju 60 erhält. Beim Bau dieses Flugzeuges sind völlig neue Wege beschritten worden. Das Flugzeug, das gänzlich aus Metall gebaut und mit gelbrotem Schleiflack überzogen worden ist, wirkt wie eine Autolimousine mit Flügeln. Das Flugzeug ist 13 Meter lang und 15 Meter breit. Es ist ausgestattet mit einem BMW-Motor, der 450 PS leistet. In der Maschine haben vier Passagiere und zwei Führer Platz. Die Höchstgeschwindigkeit reicht an die 300 Stundenkilometer-Grenze heran.

Ermittlungen im Erfurter Raubüberfall

Für die weitere Aufklärung des Raubüberfalls auf die beiden Kassenboten sind noch Angaben über folgende Punkte von großer Wichtigkeit:

Am Montag, 31. Oktober, vor Ausführung des Raubüberfalls, sind in der Zeit von 8.30 bis 9 Uhr zwei Männer vor dem Haupteingang des Hauptzollamts am Reglerring beobachtet worden. Es wird angenommen, daß sie die Räuber gewesen sind, die sich anscheinend schon seit Freitag, den 28. Oktober, in Erfurt aufhielten. Sie versuchten einen Lackierermeister die Umänderung eines Auto-Nummernschildes in Auftrag zu geben. Vermutlich werden sie mit dem gleichen Ansinnen an weitere Lackierermeister herangetreten sein. Es konnte auch noch nicht festgestellt werden, wo die Täter in den Tagen vor dem Ueberfall übernachtet haben, vermutlich in Erfurt oder einer benachbarten Stadt.

Wo haben verdächtige Personen in diesen Tagen übernachtet?

Wo ist das schon mehrfach beschriebene Auto: Viersitzer-Sport-Kabriolett, Marke Mercedes-Benz, mit Erkennungszeichen HH 45 002 untergestellt gewesen? An welcher Tankstelle hat ein solcher Wagen getankt? Weiter konnte festgestellt werden, daß die Täter nach der Tat über Nägelstedt, Sondershausen, Ilfeshausen und Hohenbergen nach Körner gefahren sind, von wo aus die Spur bisher verloren gegangen ist. **Die Täter haben anscheinend nur Nebenwege benutzt und die Hauptstraßen vermieden.** Einer von ihnen trug grauen Anzug, grauen Schlapphut und eine nicht eingefaßte Brille mit Silberbügel. Sie sind wahrscheinlich nach Norden weitergefahren und müssen irgendwo in dortiger Gegend getankt haben. Auf alle diese Möglichkeiten weist die Mordkommission der Kriminalpolizei in Erfurt hin und bittet auch um Mitteilung der für noch so geringfügig gehaltenen Wahrnehmungen.

Zweieinhalb Jahre Gefängnis für Bankier Schwarz

Sofortige Wiederinhaftnahme abgelehnt.

Halle. Im Prozeß gegen den Bankier Schwarz fällte die Strafkammer am Mittwochvormittag das Urteil. — Der Angeklagte wurde wegen Depotverbrechens zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die erlittene Untersuchungshaft wurde voll angerechnet. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Haftunterbrechung wurde abgelehnt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die Strafe aus Paragraph 11 des Depotgesetzes genommen werden müsse, der eine Zuchthausstrafe und beim Vorliegen mildernder Umstände Gefängnis vorsehe. Es sei zu prüfen gewesen, ob man in dem Angeklagten einen zuchthauswürdigen Verbrecher sehen könne, oder einen Mann, dem aus irgendwelchen Gründen eine gewisse Milde zukommen müsse, und der deshalb mit einer Gefängnisstrafe belegt werden könne. Das Gericht habe dem Angeklagten bei aller Schwere seiner Verfehlungen mildernde Umstände nicht versagt. Es habe sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß das Bild des Angeklagten, das sich in der Verhandlung bot, doch nicht das eines Bankrotteurs sei, der verbrecherisch handelte, um von dem Gelde seiner Gläubiger zu leben. Der Grund, auf dem letzten Endes alle Straftaten des Angeklagten basierten, sei eine gewisse Menschenschwäche, eine Art Eitelkeit. Der Angeklagte habe sich von unten her emporgearbeitet und es verstanden, sich eine gesellschaftliche Stellung zu verschaffen. Mit dem Konkurs stand ihm der Sturz von dieser steilen Höhe bevor, und das habe er vermeiden wollen.

Gertrud Bindernagel gestorben

Berlin, 4. November.

Die Kammersängerin Gertrud Bindernagel, deren Zustand sich soweit gebessert hatte, daß man schon damit rechnete, die Künstlerin könne Ende dieser Woche das Bett verlassen, ist ganz plötzlich infolge Embolie im Krankenhause gestorben. Die Künstlerin war bekanntlich von ihrem Mann nach der Vorstellung in der Oper niedergeschossen worden.

Motorrad-Weltrekord in deutschem Besitz

Budapest, 4. November.

Deutschlands größter Motorradfahrer, Ernst Henne-München, hat für sein zähes Aushalten und seinen unermüdlichen Tatendrang die schönste Belohnung erhalten. Es gelang ihm, auf seiner 750 ccm.-BMW.-Maschine den absoluten Schnelligkeits-Weltrekord für Motorräder für Deutschland zurückzuerobern. Henne durchbrauste den Kilometer mit fliegendem Start in 14,73 Sekunden, und erzielte dabei den phantastischen Stundendurchschnitt von 244,399 Kilometern.

Inhaber des bisherigen Schnelligkeitsrekords war der Engländer Joe Wright, der am 6. November 1930 Henne den Rekord entreißen konnte.

Noch einmal Bullerjahn-Prozeß

Leipzig, 4. November.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten des 4. Strafsenats im Reichsgericht, Dr. Bünger, begann das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagerverwalters der Berlin-Karlsruher Industriewerke Walter Bullerjahn, der am 11. Dezember 1925 wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Die Klage wird durch Oberreichsanwalt Dr. Werner vertreten. Für Bullerjahn ist Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin erschienen. Als militärischer Sachverständiger ist Major Himer vom Reichswehrministerium anwesend.

Am ersten Tage wurde nur der Angeklagte vernommen. Einen Antrag des Oberreichsanwalts, die Oeffentlichkeit für die Dauer des Prozesses auszuschließen, lehnte das Gericht ab. Hierüber wird von Fall zu Fall befunden werden.

Weiße Zähne: Chlorodont

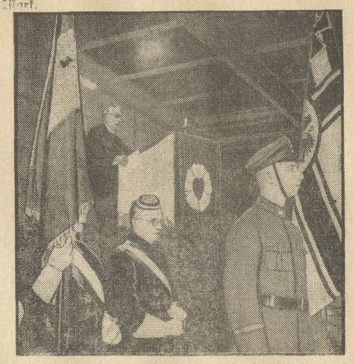
die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

„Spritweber" zu Gefängnis verurteilt

Abschluß des großen Devisenschieberprozesses.

Berlin, 3. November.

Das Schnellschöffengericht Berlin verurteilte in dem seit dem 19. Oktober verhandelten großen Devisenschieberprozeß Weber den Kaufmann Weber zu einem Jahr Gefängnis und Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und den Bankier Freiser zu sechs Monaten Gefängnis und 45 000 Mark Geldstrafe. Von den übrigen acht Angeklagten wurden zwei freigesprochen, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten und Geldstrafen von 300 bis 1000 Mark.



Gustav-Adolf-Kundgebung in Berlin.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl bei der Festansprache auf der vom Gustav-Adolf-Verein gemeinsam mit dem Evangelischen Bund veranstalteten großen Berliner Kundgebung.

Zur Wahlbewegung.

— **Zur Reichstagswahl** am kommenden Sonntag bleibt die Einteilung der Wahlbezirke dieselbe wie bei den vorhergegangenen Wahlen in diesem Jahre. Die Wahlzeit beginnt vormittags 9 Uhr und dauert bis 6 Uhr nachmittags. Um eine glatte Durchführung des Wahlgeschäfts zu ermöglichen, ist es wünschenswert, nach Möglichkeit schon in den Vormittagsstunden der Wahlpflicht zu genügen, keinesfalls aber sollte bis zur letzten Stunde mit dem Gange zum Wahllokal gewartet werden.

— **Deutsche Volkspartei.** Für die diesmalige Reichstagswahl hat die Deutsche Volkspartei eine Listenverbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei vereinbart. Zahlreiche Anfragen aus allen Teilen des Reiches veranlassen die Parteileitung, darauf hinzuweisen, daß die Listenverbindung der D.N.V.P. und D.V.P. lediglich eine Maßnahme zum Schutze bürgerlicher Stimmen darstellt. Die Parteien selbst sind nach jeder Richtung hin vollständig frei. Die Deutsche Volkspartei bleibt nach wie vor die nationalliberale und soziale Partei der versöhnenden Volksgemeinschaft.

Der amtliche Stimmzettel für den Wahlkreis 11

sieht wie folgt aus:

1) **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.** Stöhr — Schäfer — Wünning — Kirchheim.
2) **Sozialdemokratische Partei Deutschlands.** Dr. Hertz — Peters — Bergholz — Frau Schob.
3) **Kommunistische Partei Deutschlands.** Thälmann — Walter — Frau Ahlers — Emrich.
4) **Deutsche Zentrumspartei.** Dr. Brüning — Pradel — Wand — Oetzmann.
5) **Deutschnationale Volkspartei.** von Trotha — Dr. Schmidt — Dennhardt — Heft.
5a) **Radikaler Mittelstand.** Mylius — Dr. Wirbelauer.
7) **Deutsche Volkspartei.** Dr. Schnell — Michel — Dr. Wittstock — Altstädt.
8) **Deutsche Staatspartei.** Lemmer — Kallenberg — Quasdorf — Frau Habe.
9) **Christlichsozialer Volksdienst.** Behrens — Dr. Börngen — Spallmeyer — Wöllner.
9a) **Schicksalsgemeinschaft Deutscher Erwerbsloser, Kleinhandel und Gewerbe.** Hagemeister.
10) **Reichspartei des deutschen Mittelstandes.** Dr. Bredt — Clemens — Richter — Jordan.
11) **Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern- und Landvolk-Partei).** Klöpzig — Koch — Scheibe.
14) **Volksrechtspartei.** Bauser — Bring — Burghardt — Wolter.
17) **Sozialrepublikanische Partei Deutschl. (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung).** Hörsing — Pape — Hesse — Anker.
18) **Sozialistische Arbeiterpartei.** Rosenfeld — Ledebur — Walcher.
19) **Partei Polen.** Kwietniewski — Labecki — Sierakowski.
20a) **Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmalix).** Schmalix — Dr. Massig — Rommel — Kellotat.
20b) **Nationalsoziale Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitz.** Rast — Linz, Wilke.
21) **Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für zinsfreie Volkswirtschaft).** Lindenberg — Weigert — Bartos.
26) **Radikaldemokratische Partei.** Enke — Frau Straßer — Danielewicz.
27) **Partei enteigneter Mittelstand.** Krämer — Helbig — Herfurt.
28) **Partei Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer.** Beer — Preukschad — Sielmann — Huhn.

Eingesandt.

Das sächsische Handwerk und Gewerbe entschied sich für die NSDAP.

Am Sonntag fanden in Sachsen überall die Wahlen zu den Gewerbekammern statt. Die Nationalsozialisten traten zum erstenmal mit eigenen Listen an, um die unter verschiedenen Deckmamen auftretende „Wirtschafts"partei auch hier endgültig aus dem Sattel zu heben. Die Landesinspektion der Gauleitung Sachsen der NSDAP. hatte trotz der vollen Inanspruchnahme aller Kräfte für den Reichstags-Wahlkampf diese wichtigen Gewerbekammerwahlen nicht aus dem Auge gelassen, sondern sich ebenfalls unter Verwendung eines ausgedehnten Propagandaapparates energisch dafür eingesetzt. In Versammlungen, Flugblättern, Zeitungsaufsätzen usw. wurde der gewerbliche Mittelstand, vor allem das Handwerk, aufgeklärt über das schmähliche Versagen der Wirtschaftspartei und ihr das ehrliche Wollen des Nationalsozialismus für Handwerk und Gewerbe gegenübergestellt.

Der Aufklärungsfeldzug war nicht umsonst gewesen. Die Wahlen am Sonntag brachten der nationalsozialistischen Liste in allen Teilen des Landes die absolute Mehrheit.

Nachdem bereits am Sonntag vor acht Tagen bei der Leipziger Gewerbekammerwahl — wie wir schon berichtet haben — die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit erlangt hatten, weht nunmehr nach diesem großen Sieg am letzten Sonntag von allen sächsischen Gewerbekammern das Hakenkreuzbanner Adolf Hitlers.

Einige bemerkenswerte Ergebnisse aus diesem prächtigen Wahlkampf verzeichnen wir nachstehend:

So gab z. B. die Stadt Plauen für die bürgerliche Liste 105 Stimmen, für die nationalsozialistische Liste dagegen 474 Stimmen ab. In Falkenstein erhielten die bürgerlichen 16, die Nationalsozialisten aber die überwältigende Mehrheit von 401 Stimmen. Elsterberg wies für die bürgerliche Liste 9, für die NSDAP. aber 90 Stimmen auf. Werdau: Bürgerliche 60, NSDAP. 186 Stimmen. Reichenbach: Bürgerliche 76, NSDAP. 141 Stimmen. Marienberg: Bürgerliche 21, NSDAP. 126 Stimmen.

Eingesandt.

Warum darf kein Wähler an der Urne fehlen?

Es ist zu befürchten, daß viele Wähler, die bei einer der letzten Wahlen, getragen von der Sorge um Deutschland, einer Partei ihre Stimme gegeben haben, weil sie hofften, daß diese uns durch Mitarbeit und Verantwortung voranbringen konnte, aus Enttäuschung und Verärgerung heraus der Wahlurne fern bleiben. Sie sind dabei der Meinung, daß die Regierung auch so handele. Hierzu ist zu sagen: Der Wahlstreik ist ein politisch untaugliches Mittel. Jeder denke daran, daß Wahlrecht Wahlpflicht ist und die Regierung auf die Dauer das Fundament eines arbeitsfähigen Parlaments nicht entbehren kann, auch nicht will. Wer will, daß es durch Staatsautorität vorwärts geht, der wähle eine der bürgerlichen Parteien, die hinter Hindenburg und seiner Präsidialregierung bei dem Kampf um Deutschlands Wiedererstarkung stehen.

Wochenendwetterbericht.

Die Wetterlage ist durch ein kräftiges südeuropäisches Hochdruckgebiet gekennzeichnet, dessen Kerne über den Westalpen und über Siebenbürgen lagern. Ueber unser am Nordrand des Hochs gelegenes Gebiet fließen sehr mild, subtropisch-maritime Luftmassen im breiten und auch in der Höhe mächtigen Strome hinweg. Vorerst setzt das Hochdruckgebiet dem Vordringen des den ganzen westlichen Atlantik von Island bis zur Marrokanischen Küste überdeckenden Tiefs Widerstand entgegen. Jedoch können uns Randwirbel, die das Hoch von Großbritanien her west-ostwärts zu umkreisen trachten, auch in den nächsten Tagen vereinzelt Regenfälle bringen. In dem anhaltenden subtropischen Luftstrom bleibt es bei zeitweise weitgehend aufrischender Wolkendecke weiterhin sehr mild.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924

Am morgigen Sonntag sind zwei Mannschaften der Sportvereinigung auf hiesigem Platz mit Verbandsspielen beschäftigt. Im ersten Spiel treffen sich mittags 1 Uhr

N.S.V. 24 Nebra Schüler und S.C. „Wacker" Memleben Schüler.

Die Wackeraner haben es bisher immer vorgezogen, zu den angesetzten Verbandsspielen nicht anzutreten. Morgen ist die letzmalige Ansetzung und sie werden wohl erscheinen. Sieg und Punkte werden wohl in Nebra bleiben, da die jungen „Wackeraner" noch lernen müssen. Im Anschluß hieran spielen um 2 Uhr nachm.

N.S.V. 24 2. Herren — S.C. Eintracht Roßleben 4. Herren.

Nebra muß das Spiel wegen Arbeitsverhinderung mit vier Ersatzleuten bestreiten. Wenn die Gäste mit einer einigermaßen stabilen Mannschaft antreten, könnten sie vielleicht einen Sieg mit heimnehmen. Wir wollen aber trotzdem hoffen, daß sich die zusammengewürfelte 2. Mannschaft auch in dieser Aufstellung sicher schlägt. Leiter der beiden Spiele ist ein Unparteiischer vom S.C. Kirchscheidungen.

Auf unsere heute abend 8.30 Uhr im Vereinslokal Schützenhaus stattfindende Monats-Versammlung möchten wir auch an dieser Stelle nochmals hinweisen. Wir erwarten rege Beteiligung, da sehr wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Extra-Beilage. Ein Wahlflugblatt: „Nicht Reden, sondern die Tat rettet den Staat!" herausgegeben von der Kreisleitung der Deutschnationalen Volkspartei, liegt der heutigen Nummer unserer Zeitung bei.

Kirchliche Nachrichten

24. Sonntag nach Trinitatis, den 6. November 1932.

Reformationsfest und Gedenkfeier des 300jährigen Todestages Gustav Adolfs)

Festspruch: Gott ist unsere Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in den großen Nöten, die uns betroffen haben. (Psalm 46, 2).

10 Uhr: Hauptgottesdienst. Kinderchor; Predigttext über Jesaja 40, 8)

Lieder: 199 (409), 148 (90), 155 (97).

Kollekte für den Gustav Adolf-Verein.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abtlg. im Gemeindesaal.

2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abtlg. im Gemeindesaal.

Mittwoch, 9. 11., abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.

Freitag, 11. 11., abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321105-16/fragment/page=0003

Neues aus aller Welt

Während der Gerichtsverhandlung vom Schlag getroffen. Vor dem Dresdner Schwurgericht wird seit mehreren Tagen gegen die Frau des im Februar ermordeten Kaufmanns Kriebel wegen Anstiftung zum Morde verhandelt. Der Mörder Pogacnik wurde bereits im März zum Tode verurteilt. Während der Urteilsberatung wurde Landgerichtsrat Schreiber von einem heftigen Unwohlsein befallen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Da Lähmungserscheinungen festgestellt wurden, handelt es sich wahrscheinlich um einen Schlaganfall.

Zwei Opfer einer Liebestragödie. Ein 22jähriges Mädchen, das aus angesehenen Dresdener Gesellschaftskreisen stammt, ist gemeinsam mit ihrem Geliebten, einem 46jährigen Mann, aus dem Leben geschieden. Motiv ihres Selbstmordes waren, wie es heißt, unüberwindliche Schwierigkeiten, die sich der Verehelichung entgegenstellten.

Neues deutsches Schnellflugzeug. Die Junkerswerke haben soeben ein neues leistungsfähiges Schnellflugzeug fertiggestellt, das die deutsche Zulassungsnummer D 2400 trägt. Es ist völlig aus Metall gebaut, jedoch hat man das gesamte Flugzeug mit Schleiflack überzogen. Beim Fahrgestell ist die Kabine so angeordnet, daß das Fahrgestell in den Rumpf eingezogen wird. Der Rumpf ist völlig rund gebaut. Das Flugzeug ist dreizehn Meter lang und 15 Meter breit. Es ist ausgerüstet mit einem BMW.-Motor mit Luftkühlung. Der Motor leistet 450 PS. Das Flugzeug ist gebaut für vier Fahrgäste und zwei Führer. Die Reisegeschwindigkeit reicht an die 300-Stundenkilometer-Grenze heran.

Mord und Selbstmord aus Eifersucht. Im Geraer Stadtteil Tinz erstach der 43jährige Artist Maurer mit einem Küchenmesser seine Braut, eine 38jährige Artistin. Nach der Tat durchschnitt er sich die Pulsader am Hals. Man fand ihn tot auf. Maurer hatte vor einigen Wochen ein Engagement in Thüringen angenommen und war auf die Behauptung einer Kartenlegerin hin, seine Geliebte sei ihm untreu geworden, nach Gera gekommen, um Rache zu nehmen.

„Do X" über seiner Heimatsstadt Friedrichshafen. Das Flugschiff „Do X" erschien auf seinem Fluge von Mannheim nach Zürich auch über Friedrichshafen, nachdem es vor fast zwei Jahren, nämlich am 5. November 1930, seine Bauwerft am Bodensee verlassen hatte. Das Flugschiff zog über der Stammwerft der Dornier-Metallbauten in Manzell, eine große Schleife, wendete sich hierauf der Stadt zu, die es im niedrigen Fluge passierte und kreuzte schließlich auch noch über dem Gelände des Luftschiffbaues Zeppelin. Dann setzte es seinen Flug in Richtung Schweiz fort und landete glücklich auf dem Züricher See.

Explosion auf einem finnischen Dampfer. Auf dem finnischen Dampfer „Gantoise", der zur Zeit im Hafen von Gibraltar liegt, wurde durch eine Explosion in einem Kohlenbunker ein Mann getötet; drei Mann wurden schwer verletzt.

Dampfer „Towarischtsch Stalin" außer Gefahr. Der russische Dampfer „Towarischtsch Stalin", der auf der Fahrt von Tromsoe nach Spitzbergen Havarie erlitten hatte, leitete den norwegischen Dampfern, die zu seiner Rettung ausgesandt waren, durch Funkspruch mit, daß er keiner Hilfe mehr bedürfe.

Samuel Insull wird abgeholt. Zwei Beamte des Staatsanwalts von Illinois sind an Bord des italienischen Dampfers „Roma" nach Europa abgereist, um von Athen den wegen Betruges verfolgten Elektrokönig Samuel Insull zur Abreise nach den Vereinigten Staaten zu bringen. Die Beamten verweigerten Auskunft darüber, ob sie zur Ausführung ihres Auftrages im Besitz einer Vollmacht des Präsidenten sind.

Neue Rede Helds

München, 3. November.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held äußerte sich in zweistündiger Rede vor der Presse nochmals über die Reichsreform und die Maßnahmen in Preußen. Ministerpräsident Held wandte sich wiederum in scharfer Form gegen die Maßnahmen der Reichsregierung. Man habe, „statt aus dem Urteil die Folgerungen zu ziehen, in einer raschen und heimlichen Weise Tatsachen geschaffen, über deren Charakter man keinen Augenblick im Zweifel sein könne". Kein Land sei informiert worden.

Die Maßnahmen selbst seien nicht mehr Provisorium sondern das Kernstück der Reichsreform, die Gleichschaltung zwischen Reich und Preußen.

Die Reichsgewalt solle als einzige Zentralgewalt installiert, aus den Ländern sollten Mittelinstanzen werden, die nichts zu sagen hätten. In der Ernennung des Staatssekretärs Popitz sehe er ein Zeichen, daß man darüber hinaus auch die Gemeinden dem Einfluß des Reiches unmittelbar unterstellen wolle. Bayern sei gezwungen gewesen, an den Reichspräsidenten heranzutreten. Ministerpräsident Dr. Held verwahrte sich dann noch gegen den Vorwurf unehrerbietiger Handlungen gegen den Reichspräsidenten.

Für eine Reichsreform sei Bayern zu haben, aber nicht auf dem Wege des Staatsstreichs oder des Artikels 48. Neben einer starken Reichsgewalt müßten auch die Rechte der Länder gesichert bleiben. Die Gerüchte, daß die Reichsregierung nicht mehr mit Bayern verkehren wolle, bezeichnet Dr. Held für „unkluge Drohungen".

Wenn der gute Wille vorhanden sei, so sei die Möglichkeit einer Verständigung auch heute noch nicht ausgeschlossen, sofern die erwähnten Voraussetzungen erfüllt würden.

Hitler-Rede im Sportpalast

Berlin, 3. November.

In der von der NSDAP. im Sportpalast veranstalteten Kundgebung gedachte nach dem Fahneneinmarsch Graf Helldorf des bestatteten SA.-Mannes Hermik, wobei er scharfe Angriffe gegen die katholische Kirche richtete, die sich geweigert habe, dem Ermordeten die kirchlichen Ehren zu erweisen.

Adolf Hitler verteidigte in seiner Rede insbesondere seine Stellungnahme am 13. August. Man habe nie ernstlich daran gedacht, den Nationalsozialisten irgendwelchen Einfluß zuzugestehen, das habe auch schon Harzburg bewiesen, wo man lediglich die jungen Kräfte nutzen wollte, ohne die Nationalsozialisten an die Führung zu lassen. Die Kluft zwischen dem Nationalsozialismus und den Regierenden sei so groß, daß eine gemeinsame Arbeit nie in Frage kommen konnte. In seinen weiteren Ausführungen betonte Adolf Hitler, hätte er 1918 auch nur ein Korps unter sich gehabt, dann wäre die Revolution nicht gelungen.

Betr. Reichstagswahl am 6. November 1932.

Zu der am Sonntag, dem 6. November d. Js., stattfindenden Reichstagswahl ist die Stadt Nebra wie bisher in 2 Stimmbezirke eingeteilt worden, die die gleiche Abgrenzung wie zur Reichstagswahl am 31.7.1932 haben.

Es sind bestimmt:

als Wahlvorsteher für den Stimmbezirk	I	Tierarzt Paul Hensel
„ Stellvertreter „ „ „	I	Maurer Karl Rammelt
„ Wahlvorsteher „ „ „	II	Bürgermeister Grünberg
„ Stellvertreter „ „ „	II	Stellm.-Mstr. A. Franke

Abstimmungsräume sind:

Stimmbezirk I das untere rechte Klassenzimmer
Stimmbezirk II das untere linke Klassenzimmer des alten Volksschulgebäudes.

Die Wahl findet statt von **vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.**

Für die Wahl werden amtliche Einheitsstimmzettel und amtliche Wahlumschläge im Wahlraum ausgegeben. Der Stimmzettel enthält alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Parteien und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Wahlvorschlages. Die Wahlumschläge tragen einen amtlichen Stempel. Bei der Stimmenabgabe hat der Wahlberechtigte durch Kreuz oder sonstiges Kennzeichen den Wahlvorschlag kenntlich zu machen, dem er seine Stimme geben will. Er tritt sodann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Stimmkartei gefunden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort ungeöffnet in die Wahlurne legt. Inhaber von Stimmscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Stimmschein dem Wahlvorsteher.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlichen Umschlag, oder die in einem mit einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlage übergeben worden sind,
2. die mit einem unzulässigen Kennzeichen versehen sind,
4. die einen sonstigen unzulässigen Vermerk oder Zusatz tragen und
5. solche Stimmzettel, denen eine Drucksache oder ein sonstiges Schriftstück beigelegt ist. Mehrere in einem Umschlag befindliche gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme.

Zutritt zu den Wahlräumen hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand halten, auch ist das Anbringen von Plakaten pp. nicht gestattet. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen. Er kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört. Ein Wähler, der hiervon betroffen wird, kann vorher seine Stimme abgeben.

Nebra, den 1. November 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Eröffnung der städtischen Volksbücherei.

Die Lesezeit der städtischen Volksbücherei beginnt am Montag, dem 7. November d. Js.

Ausgabestunde: Montag 20 bis 21 Uhr im Lehrerzimmer der Volksschule.

Der Büchereiverwalter. Scholkmann.

Veröffentlicht:
Nebra, den 4. November 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Geschäftseröffnung.

Einer verehrten Einwohnerschaft von **Nebra und Umgebung** hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich unter der Firma

Automobil- und Maschinen-Zentrale

in **Nebra** am Bahnhof ein Geschäft eröffnete.
Neben einer modern eingerichteten

Reparatur-Werkstatt

empfehle ich mich zur Lieferung von **Motorfahrzeugen und technischen Artikeln aller Art.** Langjährige Erfahrung sowie meine Tätigkeit als Betriebsleiter bei ersten Werken bieten Gewähr für prompte und sachgemäße Bedienung.

Ich bitte um gütigen Zuspruch.

Automobil- und Maschinen-Zentrale
Alfred Eberhardt,
Nebra a. U. **Am Bahnhof**

Wer inseriert, für seine Waren interessiert!

Lesen Sie das neue interessante Heft

DAS MAGAZIN

Soeben erschienen Preis 1 Mark

Probehefte gegen Einsendung von 30 Pf. für Porto
Das Magazin Dr. Eysler & Co., Berlin SW 68

Bitter not tut uns
eine freiheitlich-nationale deutsche Bürgerpartei.

Wer der **Deutschen Staatspartei** seine Stimme gibt, der dient den Bestrebungen auf Wiedereinschaltung des freiheitlichen Bürgertums in die deutsche Politik und kämpft mit uns

für: **Freiheit u. Gleichberechtigung Deutschlands**
für: **Ordnung und Eigentum**
für: **Nationale Demokratie**
gegen Diktatur und Reaktion.

Wählt
Deutsche Staatspartei
Liste 8

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"

Sonntag, den 6. November, abends 8¼ Uhr:
„Die Launen einer schönen Frau"
Ferner:
„Der Sheriff auf Grenzwacht".
Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Schweizerhaus Vitzenburg

Sonntag, den 6. Novbr., abends 8 Uhr
Ballmusik
ausgeführt v. Mandolinenklub „Fidele Brüder"
Es laden freundlichst ein
Der Klub. **Wirthmann.**

Pfeilerspiegel, Kleiderschrank und Sofa
gut erhalten, preiswert **zu verkaufen.**
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. (Mögling, Markt).

Danksagung.

Leiden viel gebessert

Seit vielen Jahren leide ich an Magenschmerzen, sodaß ich verschiedene Aerzte zu Rate zog und viele Pillen und Pulver geschluckt habe, aber ohne Erfolg. Da wurde mir Ihr Indisches Kräuter-Pulver empfohlen. Habe nun sechs Schachteln gebraucht und sehe, daß sich mein Leiden viel gebessert hat. Werde es weiter nehmen und jedem Kranken empfehlen. So schreibt Oswald Gräfe, Lengefeld Nr. 61, Naumburg-Land, am 20. Oktober 1932.

Hilbert's Indisches Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen Kräutern. Diese sind getrocknet und fein gemahlen. Dabei absolut unschädlich. Nach dem Gutachten des Herrn Prof. Dr. med. Hans Friedenthal enthält es gute Wirkungen bei Erkrankungen der Atmungswege, des Lungensystems und der Verdauungsorgane, sowie bei Gicht, Rheumatismus, Adernverkalkung, rheumatischen Kopf- und Rückenschmerzen, Blutreinigungskuren. Schachtel 3.— M., reicht 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pf. Vorrätig in der Apotheke in **Nebra**, auch in den Apotheken

Vorher in **Roßleben, Laucha, Querfurt, Mücheln, Wiehe.** **Nachher**

LVZ
Leipziger Neueste Nachrichten

Größte Auflage aller deutschen Tages-Zeitungen außerhalb Berlins.
Größter Anzeigenteil aller Zeitungen Mitteldeutschlands.

LVZ
Leipziger Neueste Nachrichten

Drucksachen aller Art
fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, gut und billig
Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321105-16/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 133 — Sonnabend, den 5. November 1932 — 45. Jahrgang

Kanzlerrede im Rundfunk

Berlin, 4. November.

Reichskanzler von Papen spricht am heutigen Freitag von 20 bis 20.15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Neuer Burgfrieden

Versammlungsverbot vom 6. bis 19. November.

Berlin, 4. November.

Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

Die Reichsratsaussprache

Nur streng vertrauliche Verhandlungen.

Berlin, 4. November.

Der Reichsratsausschuß für Verfassung und Geschäftsordnungsfragen trat unter Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl zusammen. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung stand die Geschäftslage des Reichsrates. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden war, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann.

Die Ausschußsitzung war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen.

Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschußsitzung als auch diese Konferenz waren streng vertraulich; irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen.

Die Sitzung des Reichskabinetts

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung befaßte sich in ihrer Kabinettssitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Ölsaatenaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden.

Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Neuer Appell Brauns an Hindenburg

Berlin, 4. November.

Der preußische Ministerpräsident Braun empfing Vertreter der Presse und erklärte ihnen gegenüber, nachdem nunmehr alle Versuche, mit der Reichsregierung zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien, sehe er sich gezwungen, sich im Laufe des heutigen Freitags nochmals an den Reichspräsidenten zu wenden.

Ministerpräsident Braun führte dann weiter aus, er werde dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitteilen, die Reichsregierung „versuche mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung seines Ministeriums zu verhindern" und den Reichspräsidenten bitten, den Kanzler anzuhalten, dafür zu sorgen, daß das alte Staatsministerium in sein Amt wieder eingesetzt werde, da das Urteil des Staatsgerichtshofs vom Reichspräsidenten auszuführen sei.

Aenderungen für die Steuergutscheine

Neue Berechnungsgrundlagen.

Berlin, 4. November.

Eine neue Verordnung der Reichsregierung zur Aenderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung wird veröffentlicht, welche die Berechnung der Belegschaftszahlen vereinfacht, entstandene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Uebereinstimmung mit derjenigen der Tarifsicherungsverordnung bringt.

Steuergutscheine werden gewährt, wenn im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli, August 1932 oder bei Saisongewerben im Durchschnitt des entsprechenden vorjährigen Kalendervierteljahres. Dieser Durchschnitt wird nach der neuen Fassung des § 19 so berechnet, daß festgestellt wird, wieviel Arbeitsverhältnisse durchschnittlich an jedem Tage bestanden haben.

Nach der neuen Fassung wird verlangt, daß die Neueingestellten die gleiche Arbeitszeit haben wie die Gruppe von Arbeitnehmern, der sie nach der Art ihrer Arbeit zugehören. Wenn beispielsweise in einem Textilbetriebe die Spinner und die Weber verschiedene Arbeitszeit haben, so müssen neueingestellte Weber, um mitgezählt zu werden, die Arbeitszeit der Weber, neueingestellte Spinner die Arbeitszeit der Spinner haben.

Zugleich mit dieser Verordnung wird die „Bestimmung der Saison- und Kampagnegewerbe" vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen.

Die wichtigste Aenderung ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekerwaren) in die Liste der Saisongewerbe. Die Aenderungen entsprechen den Wünschen der beteiligten Wirtschaftskreise.

Zentrum für Regierungsneubildung

Berlin, 4. November.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags hat sich eingehend mit der Lage in Preußen befaßt und kam dabei zu dem Ergebnis, daß es nun Sache des Landtags sei, möglichst bald durch Schaffung einer verfassungsmäßigen Staatsregierung dafür Sorge zu tragen, daß der Reichskommissar für Preußen bald der Vergangenheit angehöre. Der Fraktionsvorstand ist von seinem Standpunkt aus bereit, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.

Forderungen der Wirtschaft

Senkung der Reichsbahntarife.

Der Verkehrsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages beschäftigte sich mit den Personentarifen der Reichsbahn und kam einmütig zu der Auffassung, daß eine durchgreifende Allgemeinermäßigung der stark überhöhten Personentarife nicht zuletzt auch zur Unterstützung der allgemeinen Bestrebungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft unerläßlich sei.

Insbesondere müßten hierbei die Tarife des Verkehrs der Berufsreisenden, namentlich auf weitere Entfernungen, Berücksichtigung finden. Er ist überzeugt, daß sich finanzielle Möglichkeiten hierfür aus den der Reichsbahn durch das Lausanner Abkommen und die Regelung der Beförderungssteuer erwachsenden Erleichterungen, vor allem aber aus der zu erwartenden Verkehrsbelebung bieten, ohne daß ein Ausgleich an anderer Stelle, namentlich durch eine unbedingt zu vermeidende Erhöhung der Güertarife notwendig wäre. Auf Grund der immer wiederkehrenden Wünsche aus Kreisen der Wirtschaft hält der Ausschuß die Einführung von Kilometerheften für eine der wichtigsten Tarifmaßnahmen, mit denen eine solche Verkehrsbelebung erzielt werden könnte. Auch andere Wünsche, die sich auf die Verbesserung der Einrichtung der Urlaubskarten, Verbilligung des Gepäcktarifs und Verbesserung der Netz- und Bezirkskarten beziehen, werden vom Deutschen Industrie- und Handelstag bei der Reichsbahn nachdrücklich weiter vertreten werden.

Ernennungen im diplomatischen Dienst

Berlin, 3. November.

Reichspräsident von Hindenburg hat ernannt: Den Generalkonsul Dr. Freiherrn von Grünau zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt; den Vortragenden Legationsrat Dr. Graf Adelmann von Adelmannsfelden zum Generalkonsul in Kattowitz; den Ministerialdirektor z. D. Dr. Zechlin zum Gesandten in Mexiko; den Gesandten z. D. Dr. Freytag zum Gesandten in Lissabon; den Gesandten Dr. Schmidt-Elskop-Montevideo zum Gesandten in Rio de Janeiro; den Gesandten von Bülow-Asuncion zum Generalkonsul in Kalkutta; den Gesandten z. D. Weiß zum Gesandten in Asuncion; den Vortragenden Legationsrat Dr. Grobba zum Gesandten in Bagdad; den bisherigen Untergeneralsekretär des Völkerbundes Freiherr Dufour-Feronce zum Gesandten in Belgrad; den Gesandtschaftsrat Dr. Pistor zum Gesandten in Quito; den Generalkonsul in Jerusalem Dr. Nord zum Gesandten in Bangkok.

Mit der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wird der Gesandte in Riga, Dr. Stieve, betraut.

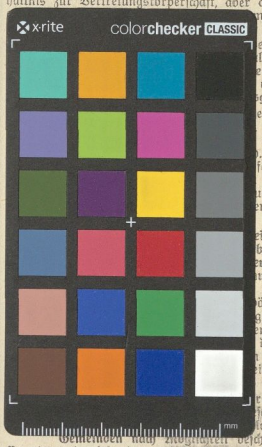
Mehr Macht dem Gemeindevorstand

Die neuen Verordnungen Brachts.

Berlin, 3. November.

Die kommissarische preußische Staatsregierung hat auf Grund der Sparermächtigung durch den Reichspräsidenten vom 24. August 1931 eine Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung) sowie eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in den Gemeinden verabschiedet.

Die Finanzverordnung geht darauf aus, eine geordnete und sparsame Haushaltsführung in den Gemeinden sicherzustellen und für die Zukunft Mißstände auszuschließen, wie sie sich bisher in der kommunalen Finanzgebarung gezeigt hätten. Dieser Zweck soll vor allem erreicht werden durch die Stärkung der Stellung des Gemeindevorstandes im Verhältnis zur Vertretungskörperschaft, aber auch durch weit-



nunalen Finanz-

er Gemeindevor-
len Vertretungs-
e Ausgaben oder
von Einnahmen
gleich gefährden.
erung derartiger
aus, wenn den
und sachlich zu-
. Ferner wird
festgestellt, soweit
leisten, die den
tsgaben vor Be-
nen Einnahmen

eilnahme der Be-
barung wird so-
en der Etats-Ent-
ungen offen aus-

völlige Neugestal-
gswesens erfolge.
en ein besonderes
dessen Unabhän-
n Gemeinden soll
eine unabhängige

rung und Aus-
schlußrechts die
egenheiten der
Gemeinden und Angestellten beschränken.

Es wird daher festgesetzt, daß bei Aufstellung des Etats und sonstigen kommunalen Beschlüssen die Beschlußfassung im Falle eines Versagens der Vertretungskörperschaft zunächst

Mit Hindenburg für staatliche Erneuerung und wirtschaftlichen Wiederaufbau!

Wählt Deutschnationale Volkspartei Liste 5!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321105-16/fragment/page=0005